Film Sound & Media
Ausgabe JULI / AUGUST 2013 / Seite 22 / 5. Juli 2013 / Gesamtauflage: 6000

Verband der österreichischen Filmproduzenten

Große Sorge!

filmbiz

Große Sorge!

Mit großer Sorge versucht die Filmwirtschaft zusammen mit den Verbänden der Filmschaffenden in den letzten Wochen dieser Regierungsperiode, die jetzt noch handlungsfähige Bundesregierung zu überzeugen, dass ohne kurzfristige Maßnahmen der Filmwirtschaft und dem Filmstandort Österreich durch die angekündigten ORF Sparmaßnahmen ein existentieller Kahlschlag droht. In dem vom ORF bekanntgegebenen € 80 Mio.Minus ist auch ein Betrag von 30 Mio. Euro enthalten, der gemäß befristetem Gebührenrefundierungsgesetz im ORF-Gesetz ab 2014 ersatzlos gestrichen werden soll.

Am Podium der Pressekonferenz im Café Landtmann (l-r): Gerhard Schedl (ÖGB Gewerkschaft der Gemeindebediensteten - Kunst, Medien, Sport, freie Berufe), Werner Müller (Fachverband der Film- und Musikindustrie), Maria Anna Kollmann (Dachverband der Filmschaffenden),Michael Paul((paul und collegen), Thomas Pridnig (Lotus Film/AAFP) und Karl Markovics (österreichischer Schauspieler, Regisseur und Drehbuchautor)

Aus allen Berechnungen und Aussagen des ORF ist davon auszugehen, dass rund 35 Mio. Euro komplett im Programmbereich eingespart werden sollen und damit 2014 das in den letzten Jahren für österreichische TV-Spielfilme, Serien, Dokumentationen usw. gewidmeten rd. 100 Mio. Euro p.a um diesen Betrag reduziert werden. Der mit der Nationalratswahl verbundene Zeitverlust und die bisherigen Signale der Politik, in dieser Legislaturperiode keinerlei Maßnahmen setzen zu wollen, bedeutet für die Filmwirtschaft, dass dieser massive Einbruch direkt den TV- und Kinofilmbereich treffen wird – realistischerweise schon 2013.

Die von Dr. Michael Paul (paul und collegen) im Auftrag des Filmproduzentenverbandes AAFP durchgeführte Studie bestätigt diese Annahme vollinhaltlich. Nachdem der ORF aufgrund seiner Kostenstrukturen glaubt, kurzfristig wesentlich im Programmbereich einsparen zu müssen, führt die Einsparung von 35 Mio. Euro zu einem Wegfall von 50 Mio. Euro an Produktionsvolumen in Österreich – also einem Drittel des Branchenumsatzes. Michael Paul prognostiziert, dass von rund 150 Unternehmen, die der ORF derzeit für die verschiedenen Programmgenres einsetzt, 120 vom Markt verschwinden werden und damit direkt 1.000 filmbezogene Arbeitsplätze wegfallen. Da von Filmproduktion auch Zuliefer- und angrenzende Branchen (z.B. Kostümverleih, Kopieranstalten, technische Dienstleistungen usw.) betroffen sind, ist mit einem Abgang von mindestens weiteren 1.000 Arbeitsplätzen zu rechnen, da die Filmbranche hochgradig beschäftigungsintensiv aufgebaut ist. Dieser Arbeitsplatzabbau führt zu zusätzlichen Sozialtransfers von 12 Mio. Euro und zu Steuerausfällen von 39 Mio. Euro. Die wirtschaftliche Analyse belegt, dass die Verschiebung einer politischen Entscheidung weder dem ORF noch der Filmwirtschaft und schon gar nicht dem öffentlichen Budget nützt.

Ganz im Gegenteil: Damit verliert der ORF nicht nur quotenträchtiges österreichisches öffentlich-rechtliches Programm – die Studie spricht von einem Minus von 17 Tagen– sondern wird auch die jahrzehntelange Aufbauarbeit von Förderstrukturen gefährdet, die sichergestellt haben, dass die österreichische Filmwirtschaft sowohl im Fernseh- als auch im Kinobereich national und international extrem erfolgreich war. Der ORF ist im Film/Fernsehabkommen seit langem ein unersetzlicher Partner der Kinofilmwirtschaft. Infolge der Wichtigkeit des ORF-Beitrags als nicht staatlichem Filmfinancier wird wohl auch die Kinofilmförderung an ihre Grenzen stoßen. Der Erhalt des Produktionsvolumens und damit die Beschäftigung von Filmschaffenden und der vom Produktionsvolumen abhängigen Dienstleistungsunternehmen hängt damit wesentlich vom Engagement des ORF für österreichisches Fernseh- und Kinoprogramm ab.

Die Filmwirtschaft, die Arbeitnehmervertretung (ÖGB Gewerkschaft der Gemeindebediensteten - Kunst, Medien, Sport, freie Berufe) und der Dachverband der Filmschaffenden bittet daher nochmals die Bundesregierung, die wenigen noch verbleibenden Wochen zu nutzen und gemeinsam die noch möglichen Lösungen umzusetzen. Da Erhalt und Schaffung von Arbeitsplätzen gemäß der Wahlwerbung der Regierungsparteien wohl auch ein Schwerpunkt der nächsten Regierungsarbeit sein werden, darf der Beschäftigungsverlust und der Know How-Abfluss hoch und teuer ausgebildeten künstlerischen Fachpersonals nicht ignoriert werden.

Dieses Dokument dient ausschließlich Ihrer persönlichen Information. Die Weitergabe oder Übermittlung an Dritte ist nicht gestattet

Film Sound & Media
Ausgabe JULI / AUGUST 2013 / Seite 24-26 / 5. Juli 2013 / Gesamtauflage: 6000

Verband der österreichischen Filmproduzenten

Agieren tut Not! (1/3)

filmbiz

Agieren tut Not!

Veit Heiduschka, Geschäftsführer der Wega-Film und Produzent des Oscar-Preis-gekrönten Haneke-Films „Amour" im Film, Sound & Media-Interview über die aktuelle Situation der heimnischen Filmbranche.

Veit Heiduschka

Wie kommentieren Sie die aktuelle Situation für die heimische Filmwirtschaft?

VEIT HEIDUSCHKA: Die Auswirkungen der Einsparungen des ORF im Bereich Auftragsproduktion und Koproduktion hat die Studie von Dr. Paul & Collegen drastisch genug aufgezeigt. Tatsächlich ist es so, dass die zarte Pflanze „Österreichischer Film", die seit den vergangenen Jahren gekeimt und geblüht hat, wieder eingehen wird. Der Filmwirtschaft fehlen die Produktionen zum Überleben und den Filmschaffenden, und zwar besonders jenen in den führenden Positionen, wie Regisseure, Kameraleute, Cutter, Architekten etc., die verstärkt ihr Auslangen nicht mehr in der Filmbranche haben werden können. Wie seitens der Gewerkschaft durch Mag. Schedl zu Recht bemerkt wurde, kann man diese kreativen Kräfte nicht einfrieren, um sie dann, wenn sie vielleicht in ein oder zwei Jahren gebraucht werden, wieder aufzutauen. Diese Kräfte sind dann entweder in andere Länder abgewandert, oder haben sich, um zu Überleben, andere Tätigkeiten gesucht.
Ein bei der Pressekonferenz anwesender Journalist meinte zwar, die Regisseure könnten ja auch Sportreporter werden, aber ich weiß nicht, ob dieser Ausspruch zynisch oder einfach dumm war. Aber genau diese Bemerkung zeigt, dass die Problematik um die Auswirkungen der Einsparungen nicht begriffen und verstanden wird. Wieder einmal zeigt sich, dass Kultur zwar hochgelobt wird, im Grunde genommen aber in Zeiten von Sparpaketen als erster Sparposten zum Handkuss kommt.
Die Lobby der Filmschaffenden ist leider nicht groß genug; wir können nicht wie die Bauern mit Traktoren auffahren und die Tomaten oder die Milch den Politikern vor die Füße schütten. Dies sieht man ja auch beim Wirtschaftsabkommen USA – Europa, in welches auch die Filmindustrie integriert werden soll, und bei dem die EU-Kommission und die EU-Staaten außer Frankreich locker über die Proteste der Filmkünstler und der Filmwirtschaft drüber gehen, sodass eine ungeheure negative Auswirkung auf das europäische Filmwesen zu erwarten ist. Auch hier wird die Kultur anderen Interessen geopfert.

Wie beurteilen Sie die wirtschaftliche Auswirkung auf die Branche für das Produktionsjahr 2014?

HEIDUSCHKA: Die Auswirkungen des Sparkurses des ORF sind bereits 2013 spürbar. Sogenannte Vorproduktionen finden nicht statt. Es ist ja nicht so, dass man auf Knopfdruck am nächsten Tag ein Fernsehspiel, eine Dokumentation oder eine Serie drehen kann. Deswegen betreffen die Sparmaßnahmen bereits 2013 und werden dann 2014 noch weiter zum Tragen kommen.
Wie in der Presse berichtet wird, sollen etwa „Wir sind Kaiser", „Frisch gekocht" und „Musikantenstadl" reduziert oder gar eingestellt werden. Und andere Formate oder Sendungen müssen dem Sparstift zum Opfer fallen, will man das Sparpotenzial erreichen.
Diese Einsparungen des ORF bedeuten aber auch, dass die österreichischen Produzenten nationale und internationale Förderungen, aber auch internationale Koproduktionen nicht in Anspruch nehmen können, weil ja die Basis-Finanzierung durch den ORF fehlt. Die Details des Szenarios sind im Einzelnen noch nicht absehbar, aber insgesamt wird es eine katastrophale Auswirkung haben.

Wirkt sich die drohende Sparpolitik bereits auf Ihre Firma aus?.

HEIDUSCHKA: Ganz konkret wird wegen dieser Einsparungen ein „Universum"-History, dessen Buch vom ORF bereits abgenommen war und für das auch zusätzliche Gelder durch die Wega-Film lukriert waren, nicht in Auftrag gegeben und auch nicht koproduziert. Dieses Projekt ist definitiv dem Sparpaket zum Opfer gefallen. Über weitere Projekte mit dem ORF kann ich derzeit nicht berichten.
Allerdings: Sollte auch im Film-Fernseh-Abkommen der Beitrag des ORF, der derzeit in Höhe von 8 Millionen Euro liegt, gekürzt werden, würde dies unsere Spielfilm-Projekte unter Umständen verhindern. Hinzu kommt, dass die Produzenten, welche hauptsächlich bisher für den ORF tätig waren, ihre gewohnten Aufträge oder Koproduktionen mit dem ORF nicht erhalten bzw. zustande bringen, sich nun auf das „Feld" Spielfilm begeben, was schon in diesem Jahr zu beobachten ist. Wir werden also vermehrt Produzenten im Bereich Spielfilm haben, allerdings ohne dass das Budget vom Österreichischen Filminstitut oder bei den regionalen Filmfonds oder bei FISA erhöht wird und somit diesem Ansturm gerecht werden könnte.

Wie sieht für Sie eine akzeptable Lösung dieser Causa aus?

HEIDUSCHKA: Von Seiten der Politik wird signalisiert, dass eine Refundierung der entgangenen Gebühren an den ORF dieses Jahr nicht stattfinden wird.
Nun gibt es verschiedene Möglichkeiten, der Filmbranche zu helfen. Eine davon wäre, dass der außerordentlich erfolgreiche Fernsehfonds Austria höher dotiert wird und beispielsweise die 30 Millionen fürs kommende Jahr zusätzlich erhält. Man könnte die Richtlinien dahingehend ändern, dass der EU entsprechend eine Förderung bis zu 50% gewährt

Dieses Dokument dient ausschließlich Ihrer persönlichen Information. Die Weitergabe oder Übermittlung an Dritte ist nicht gestattet

Film Sound & Media
Ausgabe JULI / AUGUST 2013 / Seite 24-26 / 5. Juli 2013 / Gesamtauflage: 6000

Verband der österreichischen Filmproduzenten

Agieren tut Not! (2/3)

wird. Dadurch würde sich ergeben, dass die Produzenten mit dem ORF Koproduktionen eingehen können, weil sie ja entsprechende Förderbeträge in die jeweiligen Projekte einbringen. Die Fernsehprojekte würden im einzelnen für den ORF billiger, aber trotzdem, - oder gerade deshalb - finanzierbar.
Neben dem Fernsehfonds Austria gäbe es auch die Möglichkeit, die im Wirtschaftsministerium angesiedelte, ebenfalls sehr erfolgreiche, Förderung FISA höher zu dotieren oder auch dem Österreichische Filminstitut eine Mittelerhöhung zu gewähren. Ich persönlich glaube, dass diese Gelder gut angelegt wären und die vorgestellte Studie gibt diesem Glauben Recht.
Eine andere Möglichkeit wäre noch, im kommenden Rundfunkgesetz eine Mittelbindung festzulegen: 20% der Seher- und Hörereinnahmen müssten zwingend in Produktionen mit der Filmwirtschaft fließen. Der Nachteil davon wäre allerdings, dass auch dieses Rundfunkgesetz erst im kommenden Jahr durchs Parlament gehen wird und somit nicht zeitgerecht wirksam wäre.
Tatsache ist: Agieren tut Not!

Geschätzte Film - und Musik - Wirtschaftstreibende!

Ein bewegtes Halbjahr 2013 liegt hinter uns und es scheinen mir mehr Fragezeichen zu bestehen als davor.

Zum Beispiel beim Urheberrecht - Die Bundesregierung lobt zwar einerseits das Film und Musikschaffen, steigert sogar stellenweise Fördervolumina und lässt uns dennoch mit den wesentlichen Fragen im Regen stehen. Eine Modernisierung des Urheberrechts ist nicht falsch, die Herangehensweise hingegen verantwortungslos. Das Urheberrecht ist zum Schutz der Urheber da und nicht zu deren Stigmatisierung. In der Öffentlichkeit hat man den Eindruck, als könnte sich die Politik zu diesem Grundsatz nicht unumschränkt bekennen und lässt den Qualitätsbegriff von geistigem Eigentum - von teils widersinnigen Interpretationen attackiert - ungeschützt dahinsiechen. Trittbrettfahrer findet man überall - und so auch in der Kunstszene! Die wiederum meinen, Morgenluft zu wittern und die Systematik gänzlich aushebeln zu wollen.
Dass einem da manch skurrile Allianz nicht verdächtig vorkommt, stellt die mangelnde Sensibilität mancher politischen Entscheidungsträger in Frage. Das große Missverständnis ist wohl, dass damit Verteilkämpfe verbunden werden, die damit erstmal so nicht verknüpft sein müssen.

Die Verteilung ist ein Thema, das weitreichendere Konsequenzen nach sich zieht! Wollen Künstler Beteiligungsansprüche erhalten oder diese morgen gleich wieder eintauschen gegen Eigenbeteiligung/Risikobeteiligung von Filmfinanzierungen? Das kann ich mir nicht vorstellen und erinnert das Vorgehen an den vor ein paar Jahren erfolgten Vorstoß der AutorInnen gegen buy out Verträge im TV-Bereich. Als man da merkte, dass die Ansprüche dann auf eine lange Auswertungsperiode aufgeteilt würden, hat man dieses Begehr schnell relativiert - Gesetze lassen eben kein Geld auf den Bäumen wachsen! Ansprüche aus Verwertung gibt es nur, wenn sie nachweisbar sind. Die da am lautesten zu hören sind, gehören eher nicht zu jenen, die darauf verweisen können.

Zur Causa Prima der letztjährigen Urheberrechtsdiskussion: die „Festplattenabgabe" die lediglich eine Korrekturanpassung an neue Technologien darstellt! Wir dürfen gespannt sein, wie die Regierung die leeren Töpfe der „Sozial -kulturellen -Einrichtungen"" akut kompensieren will - denn die Verwertungsgesellschaften stehen hier vor leeren Kassen ! Bravo zum Bekenntnis, keine berechen- und leistbare Pauschallizenz leisten zu wollen gegenüber Milliardengewinnen in Bereichen, die es ohne filmische, musikalische und literarische Inhalte gar nicht gäbe.

Zur leidigen Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und der behaupteten In-„Geiselhaft"-Name der Filmwirtschaft: Wir bekennen uns grundsätzlich zum ORF Gesetz und zur Gebührenbefreiung-Refundierung als gesellschaftlichen Solidarakt. Lebt nur der ORF dann diese Solidarität in der Gesellschaft oder sollten nicht wir alle daran beteiligt werden dürfen? Klar wird gleich unterstellt: - es geht ja nur um Programmvolumina - ja, aber um die Existenzgrundlage für zZt. 146 heimische Unternehmen!
Auch hier trifft der Unwillen, politisch zu handeln, ausschließlich unsere Branche (in diesem Fall zähle ich den ORF als Mitglied einfach dazu) und das nachweislich und irreversibel.
Enttäuschend eigentlich - das Ende dieser Legislaturperiode, mit der wir auch viel Hoffnung verbunden haben und in der die Filmwirtschaft ihre ganze Kreativität und internationale Anerkennung gebündelt hat! - Hoffen wir auf die nächste und mögen die Entscheidungsträger Entscheidungen tragen und verantworten!

Schönen Sommer - dennoch !

Univ.Prof. Dany Krausz, Obmann Fachverband der Film- und Musikindustrie

Dieses Dokument dient ausschließlich Ihrer persönlichen Information. Die Weitergabe oder Übermittlung an Dritte ist nicht gestattet

Film Sound & Media
Ausgabe JULI / AUGUST 2013 / Seite 24-26 / 5. Juli 2013 / Gesamtauflage: 6000

Verband der österreichischen Filmproduzenten

Agieren tut Not! (3/3)

Andreas Kamm
Geschäftsführer MR-Film

Wie kommentieren Sie die aktuelle Situation für die heimische Filmwirtschaft?

KAMM: Das Hauptproblem der aktuellen Situation ist die Unplanbarkeit. Die Filmbranche braucht ein hohes Maß an Planbarkeit, wenn diese nicht mehr gegeben ist, steht sie eigentlich kurz vor dem Zusammenbruch. Selbst wenn in einigen Monaten eine neue Regierung gebildet ist und sich dieser Causa annimmt, ist ein gehöriger Schaden bereits angerichtet. Wenn die Entwicklung von Stoffen und Drehbüchern reduziert wird weil die „Halde" zu groß wird kann auch bei geänderter Situation nicht der bereits eingetretene Verlust kompensiert werden.

Wie beurteilen Sie die wirtschaftliche Auswirkung auf die Branche für das Produktionsjahr 2014?

KAMM: Die oben angesprochene Unplanbarkeit führt schon jetzt zu einer Reduktion der Projekte. Rund ein Drittel des Umsatzes der Branche steht auf dem Spiel. Sollte der ORF 35 Millionen von den rund 100 Millionen pro Jahr, das für österreichisches Programm vorgesehen ist einsparen, wird es in der Branche zu jenem viel zitierten „Kahlschlag" kommen. Denn auch die Akquisition in Richtung Co-Produktionen mit Deutschland oder im Bereich der Filmförderung unterliegt einem Stillstand. Wir können dort nur sehr schwer mit „leeren Händen" akquirieren und wenn man den „eigenen" Sender nicht mitbringen kann, ist es fast unmöglich für Koproduktionen das Vertrauen auf zu bauen.

Wirkt sich die drohende Sparpolitik bereits auf Ihre Firma aus?

KAMM: Bei der MR-Film sind bereits einige Filme und Projekte sozusagen auf Eis gelegt worden.

Wie sieht für Sie eine akzeptable Lösung dieser Causa aus?

KAMM: Ich sehe hier zwei Lösungs-Möglichkeiten: 1. Die Trennung von der Geiselhaft hin zu einer verbindlichen Zusage von 20 % der Gebühreneinnahmen für die heimische Produktionswirtschaft.
Und 2. Ein unabhängiger Stiftungs- oder Aufsichtsrat agiert genauso wie es auch das ORF-Gesetz vorsieht, nämlich verantwortungsvoll den Budgetbedarf mit der Geschäftsführung abzuklären und einem berechtigten Gebührenbedarf zuzustimmen. Die KommAustria prüft das dann wirklich unabhängig und das ORF Entgelt wird festgelegt. Damit ist ein gesunder ORF und eine gesunde Produktionswirtschaft möglich.
So steht es eigentlich in den Gesetzen, aber de facto passiert alles auf Zuruf der Politik, die den ORF für ihre Zwecke gängelt und ihn dazu in einem permanenten Mangelzustand hält. Eine Situation die für den ORF und die vom ORF abhängige Film/TV-Branche zutiefst unwürdig ist. Es wäre eigentlich sehr einfach wenn sich auch die Politik an die Gesetze die sie beschlossen hat, halten würde . Geld ist genug vorhanden, wenn man bedenkt, dass Bund und Länder fest 300 Millionen pro Jahr unter dem Titel Rundfunkgebühr vom Gebührenzahler einhebt.

John Lüftner
Geschäftsführer Superfilm & Vorstandsmitglied des AAFP

In Ergänzung zu unseren detaillierten und ausführlichen Sachverhaltsdarstellungen auf http://www.austrian-film.com/de/home kann ich persönlich feststellen, dass weder ich, noch sicherlich andere Vertreter der österreichischen Produzentenschaft, ORF-Lobbyisten sind. Warum aber der Post, der Bahn oder Telkos der Entgang von Befreiungen aus sozialen Gründen regelmäßig refundiert wird, und dem ORF kurzfristig und jetzt wieder nicht, kann ich nicht verstehen. Und, wir haben von wegen Geiselhaft bereits mehrfach vorgeschlagen, die öffentlich-rechtliche Programmproduktion des ORF durch Einmalleistungen zu gewährleisten, bis eine wieder handlungsfähige Regierung ein konsolidiertes, langfristiges Modell zur ORF-Finanzierung schafft. Und einen Teil, konkret ein Fünftel dieser Finanzierung für die Herstellung österreichischen Programmes vorsieht. Damit nähme man diesen Teil des ORF-Auftrages aus der Spardisposition.

Das sagt die ÖVP:
Nach mehreren Anfragen an die Regierungsparteien in Form eines Fragenkataloges erhielt die Redaktion lediglich folgende Antwort von ÖVP-Klubobmann Karlheinz Kopf. Seitens der SPÖ gab es keinerlei Reaktion.

Kopf: ORF-Führung muss schlanke Strukturen schaffen und starkes Programm anbieten

Befremdet über die Diskussion über den Wegfall der Gebührenrefundierung zeigte sich ÖVP-Klubobmann Karlheinz Kopf bei der Kurzdebatte zum ORF im Plenum des Nationalrats. Die 160 Millionen Euro seien immer als Überbrückungshilfe für ein Unternehmen in der Restrukturierungsphase und damit zeitlich befristet gesehen gewesen. „Es gibt keinen Anspruch des ORF auf die Gebührenrefundierung und auch aus den zahlreichen Gesprächen könne dieser keine Fortsetzung ableiten." Notwendig sei es vielmehr, das Unternehmen so aufzustellen, dass es nach Ablauf der Gebührenrefundierung wirtschaftlich so geführt wird, dass es schwarze Zahlen schreibt, so Kopf weiter, der sich zur Dualität der Rundfunk-Sender bekannte, „weil diese auch unterschiedliche Aufgaben erfüllen".

Der ORF verfüge nahezu über eine Milliarde Euro an Einnahmen aus Gebühren, Werbeeinnahmen und sonstigen Tätigkeiten. Würde man einen öffentlich-rechtlichen Sender heute mit einer Milliarde Euro neu gründen, finde man damit mit Sicherheit das Auslangen, um den gesetzlichen Auftrag erfüllen zu können, zeigte sich Kopf überzeugt.

Man müsse den ORF-Verantwortlichen allerdings zugestehen, dass sie aus einer Monopolsituation kommen und sich schwer tun, die notwendigen Kostenstrukturen und Strukturabläufe zu schaffen. Kopf räumte in diesem Zusammenhang ein, dass dies keine Kritik an den hunderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern darstelle, die engagiert ihren Job erfüllen. Aber das verantwortliche Team schaffe es nicht, in der notwendigen Geschwindigkeit die Strukturen so anzupassen, dass diese mit den Einnahmen schritthalten können. Das sei das eigentliche Problem, das man angehen müsse.
Kritik übte der ÖVP-Mediensprecher auch daran, jetzt die Filmwirtschaft in Geiselhaft zu nehmen und dieser mit einer dramatischen Kürzung des Auftragsvolumens zu drohen - in der Hoffnung, dass diese auf die Politik Druck ausübe.
Er, Kopf, erwarte sich ein besseres Programm, das den öffentlich-rechtlichen Auftrag mehr gerecht werde sowie ein Konzept, wie der ORF 2018 aussehen sollte. „Darüber kann man mit uns reden. Die Aufgabe der ORF-Führung besteht darin, schlanke Strukturen zu schaffen und ein starkes Programm anzubieten und nicht umgekehrt", schloss der ÖVP-Mediensprecher.

Dieses Dokument dient ausschließlich Ihrer persönlichen Information. Die Weitergabe oder Übermittlung an Dritte ist nicht gestattet

Film Sound & Media
Ausgabe JULI / AUGUST 2013 / Seite 27 / 5. Juli 2013 / Gesamtauflage: 6000

Verband der österreichischen Filmproduzenten

Irreversible Schäden

filmbiz

Irreversible Schäden

Michael Paul, Geschäftsführer von paul und collegen consulting hat im Auftrag des Filmproduzentenverbandes AAFP eine Studie zum Thema ORF-Gebührenrefundierung durchgeführt. Im Film, Sound & Media-Interview erläutert er die Auswirkungen des drohenden Wegfalls dieser Refundierung für die heimische Filmindustire.

Wie beurteilen Sie die aktuelle Situation für die heimische Filmwirtschaft?

MICHAEL PAUL: Leider ernst. Sollte der ORF tatsächlich sein Auftragvolumen um 30 bis 40 Millionen absenken, bedeutet das, dass ein Drittel des Umsatzes der Branche wegbricht. Das wird in der Filmwirtschaft selbst alleine 1.000 Arbeitsplätze kosten. In einer Branche, die stark erfahrungsgetrieben ist, bedeutet das für diese 1.000 Menschen, dass ihre Fähigkeiten schnell veralten – hier werden also langfristig Strukturen zerstört. Das, was über 30 Jahre aufgebaut wurde, ist gefährdet. Das ist nicht die übliche Raunzerei, das ist leider bittere Realität. Das Finanzierungsgebäude des österreichischen Films ist mit nur einem großen nationalen Abnehmer für TV-Produktionen und Lizenzen für die Fernsehverwertung von Kinofilmen nun einmal sehr fragil – ein solcher Brocken ist nicht zu kompensieren.

Wie beurteilen Sie die wirtschaftliche Auswirkung auf die Branche für das Produktionsjahr 2014?

PAUL: Da sind schon jetzt irreversible Schäden eingetreten. Wir schreiben Juni, da sind die Planungen für das kommende Jahr eigentlich schon fertig oder zumindest in der finalen Runde. Bei Film und Fernsehen gibt es eben diese langen Vorplanungszeiträume. Und ganz ehrlich: Wenn die Geschäftsführung des ORF heute wirklich nicht weiß, ob sie nächstes Jahr das Geld für geplante Produktionen auftreiben kann, würde sie fahrlässig handeln, diese heute zu bestellen. Deshalb fallen einige einfach aus, egal was sich beispielsweise nach der Nationalratswahl noch tun wird. Was heute nicht bestellt wird, wird 2014 auch nicht mehr produziert.

Wie kann die Politik dazu beitragen, ein mögliches „Kahlschlag"-Szenario nicht Wirklichkeit werden zu lassen?

PAUL: Die Politik ist selbst in einer Zwickmühle. Sie will Reformen beim ORF – und ohne ein Küniglberg-Insider zu sein, dass hier noch Reserven liegen, scheint sehr offensichtlich. Der Sender ist – allerdings nicht zuletzt auch durch massive politische Eingriffe – nicht optimal aufgestellt. Das ist eine klassische Sanierungs- und Restrukturierungsaufgabe, die eine gänzlich neue Strategie erfordert. Andererseits: Das braucht den Willen zur Veränderung und Zeit, die Probleme bestehen ja nicht seit gestern. Wenn jetzt abrupt dem ORF Liquidität entzogen wird, kann er diese kaum in vollem Umfang schnell durch interne Reformen einsparen. Es gibt ja z.B. noch ein Arbeitsrecht. So leiden die Zulieferer, denn die lassen sich am einfachsten abschalten. Es ist wie in anderen Unternehmen auch: Sie sind das schwächste Glied in der Kette und „Kollateralschäden" dort unausweichlich. Diesen gordischen Knoten müssen die politisch Verantwortlichen durchtrennen.

Michael Paul

„Die Politik ist selbst in einer Zwickmühle. Sie will Reformen beim ORF – und ohne ein Küniglberg-Insider zu sein, dass hier noch Reserven liegen, scheint sehr offensichtlich."

Wie sieht für Sie eine akzeptable Lösung dieser Causa aus?

PAUL: Es ist einfacher, aus einem Fisch eine Fischsuppe zu machen als umgekehrt. Bevor jetzt wertvolle und international hoch geschätzte Strukturen bei unabhängigen Produzenten zerstört werden, sollten sich alle Beteiligten überlegen, was ihre Strategie für die österreichische Filmwirtschaft in den kommenden 2 Jahren ist. Das kann eigentlich nur zum Schluss führen, dass es Unfug wäre, jetzt durch hektisches Agieren 1.000 Arbeitsplätze zu gefährden. Alles, was das verhindert, kann man nur begrüßen – und wenn es zeitlich befristete Regelungen sind, die Zeit für ernsthafte Anpassungen geben.

Dieses Dokument dient ausschließlich Ihrer persönlichen Information. Die Weitergabe oder Übermittlung an Dritte ist nicht gestattet